

Politische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur**

Band (Jahr): **4 (1924-1925)**

Heft 7

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

seitiger Parteinahme für Bühners Freie Bühne. Allein ihre grundsätzliche Auffassung und Stellungnahme zur Frage ist einleuchtend, wegleitend und fruchtbar; das kritische Urteil des Verfassers über die schweizerischen Dramatiker scharf und bisweilen ungerecht, aber immer aus eigener Überzeugung geschöpft und überaus anregend.

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau.

Vom ewigen Frieden. — Der bundesrätliche Bericht über die Petition betreffend die Stillschließpflicht. — Der neue Garantiepakt.

Wenn wir einen Maßstab gewinnen wollen, um Wert und Tragweite gegenwärtiger Vorgänge und Handlungen ermessen zu können, dürfen wir unsern Blick nicht nur rückwärts in die Vergangenheit richten; wir müssen auch vorwärts in die Zukunft schauen, erwägend, was dort einmal möglich und wahrscheinlich, und was unmöglich und unwahrscheinlich sein wird. Man sagt allerdings, im geschichtlichen Geschehen seien keine Gesetze erkennbar; im Gegensatz zur Welt der unbelebten Natur lasse sich im Bereich des menschlichen Willens nichts mit Gewißheit vorausbestimmen. Gibt es aber nicht trotzdem auch im Menschen- und Völkerleben Wahrheiten, die ungeschrieben, nicht in die mathematischen Formeln eines Naturgesetzes faßbar, nur in Bildern und Gleichnissen zum Bewußtsein dringend, doch ewig und unverrückbar sind?

Der Marxismus lehrt als Ende und Ziel seiner Bestrebungen das Aufhören des politischen Kräftespiels, den „ewigen Frieden“ im klassenlosen Staate. Der Weg dazu führe über die Diktatur des Proletariates, d. h. die vorübergehende Gewaltherrschaft der Arbeiterklasse und die Zerschmetterung und Ausrottung aller Gegenkräfte. — Solange es aber Menschen, d. h. willensbegabte Wesen gibt, solange wird es ein Spiel einzelner oder gruppenweise organisierter Willenskräfte, ein politisches Kräftespiel geben. Die Art, wie sich entgegengesetzte politische Kräfte miteinander messen, die Methode ihrer Auseinandersetzung kann im Laufe geschichtlicher Zeiträume ändern. Das Spiel selbst bleibt ewig. Am Ende jeder Diktatur steht nicht der ewige Friede, sondern die mühsame, allmähliche Wiederherstellung des gewaltsam gestörten Kräftespiels. Revolutionen, die mit Gewalt erstarren, einen freien Kräfteausgleich hemmende Formen zerbrechen, bleiben vielleicht immer unvermeidlich. Je nach ihrer Zielsetzung können sie aber zu furchtbaren Umwegen werden. Die russische Revolution als Zerstörer unerträglich gewordener Verhältnisse wird vor der Geschichte einmal als notwendige Tat dastehen. Durch den Irrtum ihrer Zielsetzung — den ewigen Frieden im klassenlosen Staat zu schaffen — ist sie aber für das russische Volk zu einem Umweg voll namenlosen Leids und Unglücks geworden.

Wilson hat das amerikanische Volk und die ganze Welt zum Kreuzzug gegen die „Feinde des Völkerfriedens“ aufgerufen. Durch die Diktatur der friedliebenden Völker und die Zerschmetterung aller Gegenkräfte sollte die Vorbedingung für den ewigen Frieden zwischen den Staaten der Erde geschaffen werden. Aber auch wenn Wilson über die wahren Triebkräfte des Weltkrieges nicht getäuscht worden wäre, hätte am Ende des Kampfes, nach der Zerschmetterung der einen Partei, nicht der ewige Friede gestanden. Wie im politischen Leben innerhalb des Staates wird es auch im Leben zwischen den Staaten immer ein Spiel ihrer natürlichen Kräfte geben. Die Art, wie diese

Kräfte sich miteinander messen, die Methode des Austrags ihrer Gegensätze, kann ändern. Das Spiel selbst bleibt ewig. Durch die Diktatur, die eine Gruppe von Staaten über eine andere Gruppe errichtet, mag dieses Spiel zeitweilig gestört oder unterdrückt werden. Es wird wiederkehren — und soll auch wiederkehren: denn Gewaltherrschaft und Unterdrückung kann uns nie Ideal und Ziel sein. Darum ist es der große Irrtum einiger idealistischer Führer in diesem Weltkrieg gewesen, daß an seinem Ende der ewige Friede stehen werde. Wegen diesem Irrtum ist der Weltkrieg zu dem furchtbaren Umweg geworden, dessen Ende wir noch immer nicht erreicht haben. Aus diesem Irrtum ist der unsinnige Glaube entstanden — von dem sich ja auch die Führer der russischen Revolution leiten ließen —, daß zuerst die Gegenpartei zerschmettert sein müsse, bevor das ideale Ziel des Kampfes verwirklicht werden könne; liege diese nur einmal zerstampft am Boden, dann sei der ewige Völkerfriede — im Falle der russischen Revolution: der klassenlose Staat — da. Das Ergebnis des Weltkrieges war aber nicht der ewige Völkerfriede, sondern die Zerstörung vorwiegend des europäischen Kräftespiels, dessen allmähliche Wiederherstellung der Welt seit sechs Jahren so viel Mühe bereitet.

* * *

Leicht geschieht es, daß derartige gutgläubig, aus mangelnder Erkenntnis- kraft von ihren Urhebern begangene gedankliche Irrtümer von anderer Seite bewußt und mit Absicht verbreitet werden, um unter ihrem verwirrenden Einfluß ganz andersgeartete Ziele als die vorgegebenen verwirklichen zu können. Die Urheber des Marxismus und viele seiner heutigen Anhänger mögen gutgläubig dieses nie durchführbare Ziel des paradieshaften, kampflös ungesorgten Endzustandes der menschlichen Gesellschaft vor Augen haben. Ebensoviele seiner Vorkämpfer spiegeln aber den von Mühsal und Not bedrückten Massen diesen idealen Endzustand in voller Erkenntnis seiner Unerreichbarkeit vor; eine von diesem Glauben an einen all ihre Not beendenden Zustand beseelte Masse läßt sich leicht zum „letzten“ Kampf gegen die Bourgeois-Klasse als dem einzigen Hindernis für den Anbruch des klassenlosen Friedenszustandes führen. Ist mit Hilfe der durch die betäubende Wirkung des Schlagworts in die Hand der Führer gegebenen Masse die Macht errungen, die Gegenpartei zerschmettert, dann steht der Idealist vor der großen Enttäuschung, daß sein Ideal nicht durchführbar ist, daß nicht eine Änderung im Wesen der Menschen, sondern nur ein Machtwechsel stattgefunden hat; der „Realist“ hingegen schreitet zur ungehemmten Ausnutzung seines Sieges und seiner Machtfülle.

Ein derartiges Gemisch von gutgläubigem Irrtum und bewußter Vorkämpfung anderer Ziele als sie in Wirklichkeit erstrebt werden, hat der Bundesrat in der Petition für die Einführung der Zivildienstpflicht erblickt. In seiner Botschaft an die Bundesversammlung, in deren Herbstsession die Frage zur Behandlung kommt, lehnt er es ab, demjenigen Teil der Petenten zu folgen, die gutgläubig den ewigen Frieden durch den Verzicht auf die eigene Selbstbehauptung meinen herstellen zu können und in der Einführung des Zivildienstes den Anfang für den Abbau der im Heere verkörperten staatlichen Verteidigungsfähigkeit überhaupt erblicken; und abgelehnt wird vom Bundesrat natürlich erst recht, wenn die Einführung der Zivildienstpflicht aus politischen Gründen verlangt wird, nämlich um die Dienstverweigerung in großem Umfang zu ermöglichen und so das „bürgerliche“ Heer zu schwächen, damit dieses eines Tages um so leichter die Beute der proletarischen Armee werde. Vielleicht hätten wir in der Botschaft gerne einen noch etwas bestimmteren und grundsätzlicheren Ton gesehen. Sie enthält etwas zu viel Konzessionen an die augenblicklichen Modeströmungen: die Schweiz könne heute „noch nicht“ abrüsten; wir verabscheuten den Krieg zwar fürchterlich, aber die Beziehungen zwischen den Völkern seien „noch nicht“ derart, daß wir auf eine Wehrmacht verzichten könnten u. s. w. Nein: nie können wir auf eine „Wehrmacht“, zum mindesten nicht im geistigen Sinne, verzichten. Ein Staat selbst ist und bleibt in alle Ewigkeit eine Wehrmacht. Darüber, daß Methoden sich

ändern, dürfen wir nie vergessen, daß das Wesen des Menschen- und Völkerlebens sich immer gleich bleibt. Und dies Wesen ist Kampf!

* * *

Nicht nur im innerstaatlichen Leben werden gedankliche Irrtümer einzelner Führer benützt, um die Massen zu täuschen und für andere Zwecke zu mißbrauchen. Ein fürchterlicher Mißbrauch dieser Art ist im zwischenstaatlichen Leben im Weltkrieg getrieben worden. Mit dem Schlagwort, daß es sich um den letzten Krieg handle, daß es gelte, mit dem Sieg zugleich den Sieg über den Krieg überhaupt zu erringen, wurden die Völker aufgepeitscht, ihr Bestes an den Kampf zu geben. Und als der Gegner zerschmettert am Boden lag, standen die Idealisten vor der großen Enttäuschung: die „Realisten“ dachten nicht an den ewigen Frieden, sondern an ihren Frieden, dachten nur daran, die seltene Gunst der Umstände, ihre schrankenlose Machtfülle, zu der ihnen gerade die Verwendung jener Schlagworte der Idealisten wesentlich verholfen hatte, bis zum äußersten für ihre selbstischen Zwecke auszunutzen. Und nicht genug damit! Das Schlagwort vom ewigen Frieden, den es mit dem Sieg zu verwirklichen gelte, ist nicht nur verwendet worden, um diesen Sieg zu erringen. Es wird seither genau so verwendet, um die neuen Macht- und Gebietsverhältnisse, wie sie aus der schrankenlosen Ausnützung des Sieges entstanden sind, für alle Zeiten zu verewigen. Der ewige Friede soll nun darin bestehen, daß an diesen Macht- und Gebietsverhältnissen nie mehr gerüttelt werden darf. Zu diesem Zwecke werden alle Staaten der Erde aufgerufen — nicht nur diejenigen, die als Nutznießer dieser neuen Macht- und Gebietsverhältnisse an deren Verewigung interessiert sind, sondern auch diejenigen, gegen deren Interessen sie unmittelbar oder mittelbar verstoßen —: unter dem Schlagwort „Verhinderung des Krieges“ sollen sie die Sicherstellung dieser Verhältnisse durch eine Kollektivgarantie übernehmen, nach der sie verpflichtet sind, gegen jeden Einbruch in sie als gegen ein „internationales Verbrechen“ gemeinsame Sanktionen zu ergreifen.

Es ist selbstverständlich nicht so, als ob in dem Vertrag, der den I. Teil des Versailler Friedensvertrages bildet — im Völkerbundsvertrag —, sich nur diese Absicht verkörpern wollte. In diesen Vertrag flüchtete sich auch alles zusammen, was sich aus dem Zusammenbruch des idealistischen Gebäudes im Augenblick des Waffenstillstandes zu retten versuchte. Seither ist der Völkerbund der Schauplatz zweier entgegengesetzter Willensströmungen: einer Strömung, die dem angeblich dem Weltkrieg immanenten Ziel der Einführung neuer Formen in das zwischenstaatliche Leben Gestalt verleihen will: durch das Vermittlungs-, Vergleichs- und Schiedsverfahren und eine internationale Rechtsprechung im zwischenstaatlichen Leben den Austrag von Gegensätzen, den Kräfteausgleich erleichtern und dadurch die Möglichkeit bewaffneter Konflikte, den Austrag durch Waffengewalt vermindern. Und einer zweiten Strömung: unter Vorgabe derartiger idealer Absichten und unter dem Schlagworte einer Verhinderung und Abschaffung des Krieges überhaupt, jede Änderung an dem vor fünfzehn Jahren geschaffenen Macht- und Gebietszustand zu verhindern.

Besonders deutlichen Ausdruck hatte diese letztere Strömung in dem Garantiepaktentwurf gefunden, der heute erledigt ist, an dessen Ausarbeitung aber viele Staaten während längerer Zeit gutgläubig und ohne die wahren Absichten zu durchschauen, mitgewirkt haben. Auf der eben zu Ende gehenden V. Völkerbundsversammlung ist nun wiederum, in Form eines Protokolls, ein Abkommen ausgearbeitet worden, dessen endgültiger Wortlaut im Augenblick der Niederschrift dieser Zeilen noch nicht vorliegt, dessen Tendenz aber an Hand des bisher bekannt Gewordenen als durchaus die gleiche bezeichnet werden muß, wie sie sich im ersten Garantiepaktentwurf ausdrückte und die zu der gutgläubig idealen Richtung im Völkerbund, wie sie z. B. die neutralen Kleinstaaten vertreten, in unüberbrückbarem Gegensatz steht. Zum Ausgangspunkt — gewissermaßen als Köder — wird darin die obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit genommen, auf die gerade von den Kleinstaaten mit Recht so großes

Gewicht gelegt wird. Durch ihre Einführung soll das Zurückgreifen auf den Krieg auch für den Fall „verboten“ werden, daß das vermittelnde Organ, der Rat, in sich selbst nicht einig werden kann über einen Streitfall; d. h. der Krieg wird nun grundsätzlich verboten, seit jeher eine Lieblingsidee des Pazifismus; allerdings — und damit kommt der Pferdefuß zu Tage — nur der „Angriffskrieg“; „Abwehr“- und Sanktionskriege sind gestattet, wobei ein Angriffskrieg oder „Kriegsakt“ nicht nur in dem Verstoß gegen die übernommene Verpflichtung besteht, jeden Streit einem Schiedsgericht oder dem Rat zu unterbreiten und sich dessen Spruch oder Empfehlung zu unterziehen, sondern auch in der Verletzung gewisser Bestimmungen der Friedensverträge, z. B. der Art. 42—43 des Versailler Vertrages über die Entmilitarisierung des linken Rheinuferes, oder in der Nichtbeachtung von militärischen, vom Rat angeordneten Verhaltensmaßregeln u. s. w. Auch die Sonderabkommen, die im ersten Garantiepaktsentwurf auf so viel Widerstand stießen, finden sich in etwas unschuldigerer Aufmachung im neuen Garantiepakt des Benesch-Protokolls wieder; ebenso ist die automatische Auslösung der militärischen Sanktionen vorgesehen, sobald ein Kriegsakt, eben z. B. die Verletzung einer in den Friedensverträgen geschaffenen entmilitarisierten Zone vom Rat festgestellt ist.

Die Schweiz kann die Einführung der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit im zwischenstaatlichen Leben nur begrüßen und voll unterstützen. Aber sie muß jede Verkoppelung derselben mit einem militärischen Garantiesystem ablehnen. Einmal, weil jede Zugehörigkeit zu einem militärischen Garantiesystem die Schweiz selbst in Anbetracht ihrer exponierten Lage bei ausbrechenden oder bestehenden internationalen Konflikten den schwersten Gefahren aussetzt; wir haben uns darüber bei Behandlung des ersten Garantiepaktentwurfs ausführlich verbreitet. Und zweitens, weil es ein Mißbrauch des Schiedsgerichtsgedankens ist, ihn zur Garantie eines bestehenden Macht- und Gebietsystems benutzen zu wollen. Das Wesen des Schiedsgerichts ist das ausgleichende Gerechtigkeit. Das Schiedsgericht gerade soll dadurch Konflikten vorbeugen, daß es Hand bietet zur Abänderung unhaltbarer Verhältnisse auf dem Wege gerechter Abwägung. Es ist eine gewisse Gewähr für ein freies Spiel der Kräfte. Es in den Dienst eines Garantie- und Sanktionsystems stellen, heißt es zu einem Hilfsmittel der Unterdrückung und Erstarrung machen.

Man erwartet vielerorts von einem Beitritt Deutschlands eine Stärkung derjenigen Kräfte im Völkerbund, die das Schiedsgericht in seinem wahren Sinne angewendet und im Völkerbund vornehmlich ein Organ für die Revision der Friedensverträge und die allmähliche Wiederherstellung eines freien internationalen Kräftespiels sehen möchten. Unsere besten Wünsche begleiten diese Hoffnung. Unsere eigenen Erwartungen gehen nicht so hoch. Auf jeden Fall möchten wir auf die große Wahrscheinlichkeit aufmerksam machen, daß ein Beitritt Deutschlands eine wesentliche Vertiefung der Gegensätze innerhalb des Völkerbundes zur Folge haben würde, und damit für die Schweiz dem Völkerbund und den Händeln der Großmächte gegenüber noch mehr Zurückhaltung geboten wäre als bisher. Den gutgläubigen Kräften im Völkerbund wird Deutschland keine sehr starke Stütze werden können, weil es selbst dessen entbehrt, was diesen fehlt: die Macht. Dazu wäre nur Amerika im Stande. Und Amerika hat gerade diese Verkoppelung eines für die Zukunft geschaffenen Verfahrens mit der Vergangenheit abgelehnt und es wird sie weiter ablehnen. Gelingt es nicht bald, Genf von Versailles zu lösen, dann wird die Genfer Institution, der I. Teil des Versailler Vertrages, einmal gleichzeitig mit diesem Vertrag zerfallen.

Die Haltung der schweizerischen Delegation gegenüber dem neuen Garantiepakt steht im Augenblick der Niederschrift dieser Zeilen noch nicht fest. Zeitungsmeldungen zufolge soll von der Unterzeichnung des „Protokolls“ abgesehen werden. Würde die Delegation auf Weisung des Bundesrates diese Haltung einnehmen, so dürfte sie der Zustimmung des ganzen Landes sicher sein. Eine Unterzeichnung wäre auch deswegen unklug, weil diese im Parlament nie die Genehmigung finden dürfte und damit der Bundesrat wieder einmal

vor dem Ausland desavouiert werden müßte. Wäre allerdings noch etwas von dem idealen Schwung vorhanden, der vor einigen Jahren so viele Leute sich etwas voreilig an das Bruderherz anderer Nationen werfen ließ, dann müßte einmal ein aufrechter Mann in Genf aufstehen und auf den Tisch schlagen und es aussprechen, was so viele im Innersten fühlen: genug des Spiels! Entweder los von den Friedensverträgen und ehrliche Aufbauarbeit für die Zukunft, oder dann Heimkehr auf Nimmerwiedersehen! Da aber Mut etwas ist, was man in den letzten sechs Jahren in eidgenössischen Landen nur mit einem sehr großen Vergrößerungsglas feststellen konnte, wollen wir uns dabei beruhigen, daß man heute in Bern die europäische Lage und die Dinge in Genf richtig einzuschätzen scheint, wenn man auch, als Konzession an die Zeit, noch gerne so tut, als ob ...

Zürich, den 29. September 1924.

Hans Dehler.

Zur politischen Lage.

Vor und hinter den Kulissen. — Mache und Wirklichkeit. — Der innere Kampf in Deutschland.

Im Frühjahr 1882 wurde zwischen Deutschland, Österreich und Italien zum ersten Male der Dreibundsvertrag abgeschlossen und 1887 wiederum erneuert. Die Veranlassung dazu war der Gegensatz Italiens zu Frankreich im Mittelmeer, hauptsächlich die französische Besetzung von Tunis 1881. Unter der Ministerpräsidentenschaft von Crispi wurde das Verhältnis zu Frankreich besonders feindselig; es kam sogar zu einem Zollkrieg. Das machte natürlich die Anlehnung an die Dreibundsgenossen sehr angenehm und deshalb wird die Zeit der beiden Ministerpräsidentenschaften Crispis, 1887—91 und 1893—96, als die eigentliche Blütezeit des Dreibunds bezeichnet.

Seit 1882 war also Österreich der Bundesgenosse Italiens. Da mußte die unablässig weitergehende irredentistische Bewegung in Italien von der Regierung wohl oder übel verleugnet werden. Das geschah auch verschiedene Male. Allzu laute Kundgebungen wurden unterbunden oder verurteilt. Im übrigen gingen freilich diese Bestrebungen zur Losreißung der italienischen Gebiete Österreichs ruhig weiter. Sie wurden beiderseits der Grenze getragen von den zahllosen irredentistischen offenen und geheimen Gesellschaften und Verbänden. Große Geldmittel flossen aus Italien nach Trient und Triest, nach Görz und Zara. Gerade in jenen Jahren, um 1890, entstand auch die heute so weit verbreitete und mächtige Dante-Allighieri-Gesellschaft. Sie wurde von Irredentisten gegründet und die Förderung der Irredenta war zuerst ihr einziges Ziel. Erst nach und nach kam dazu die Förderung italienischer Sprache und Kultur überall im Ausland und die Fürsorge für die in der ganzen Welt zerstreuten italienischen Auswanderer. Das heute allein sichtbare, wenn auch nicht allein vorhandene Vereinsziel ist also erst im Laufe der Zeit aufgestellt worden. Über die Frühzeit der Dante-Allighieri-Gesellschaft berichtet nun einer der Gründer, Gian Francesco Guerrazzi, in einem vor kurzem erschienenen Buche.¹⁾ Heute, nach dem Zusammenbruche Österreichs, können die Schleier über manchem sonst streng gehüteten Geheimnisse gelüftet werden. So enthält das Buch eine Fülle interessanter Angaben, die auch heute für die Nachbarn Italiens noch zeitgemäß sind.

Ich möchte jetzt nur eine Episode herausgreifen: Im Jahre 1891 kam die Dante-Allighieri-Gesellschaft in Geldverlegenheit. Für ihre ganz geheim betriebene Tätigkeit in Österreich brauchte sie große Geldmittel und zwar infolge außerordentlicher Umstände in kürzester Zeit. Woher diese beschaffen? Es zeigte sich kein Ausweg. Da entschlossen sich die leitenden Leute, zum Ministerpräsidenten

¹⁾ Ricordi di Irredentismo. Bologna 1922.

Crispi, ihrem politischen Gegner, zu gehen. Und Crispi, der Befürworter des Dreibundes, bewilligte ihnen sofort die gerade nötige große Summe. Ja, noch mehr, er verschaffte der Dante dauernd eine Unterstützung aus Regierungsgeldern für die Geheimaktion in Österreich. Also auch in der Zeit der dicksten Freundschaft hat Italien den Irredentismus trotz aller offiziellen Beteuerungen unterstützt und zwar hat das gerade der leitende Staatsmann getan, der am festesten zum Dreibund stand!

* * *

Warum habe ich diese weit zurückliegende Episode herausgegriffen? Keineswegs, um sie als eine besondere Schlechtigkeit festzunageln. Denn ich bin überzeugt, daß ähnliche Dinge sich in fast allen Ländern und zu den verschiedensten Zeiten zugetragen haben. Man kann das ja auch heute an allen Ecken und Enden feststellen. Ich habe diese kleine Geschichte einzig und allein als schlagendes Beispiel für den Unterschied zwischen der offen verkündeten und wirklich befolgten Politik der Großmächte angeführt. Es ist ja eine alte Binsenwahrheit, daß die Reden der Staatsmänner, die Kundgebungen der Regierungen und gekrönten Häupter, die ganze vor aller Welt betriebene Politik eines Staates nie für bare Münze genommen werden darf. Es ist auch eine altbekannte Tatsache, daß über alle Zufallskonjunkturen, über alle Wechselfälle des alltäglichen politischen Intriguenspiels, über persönliche Neigungen leitender Personen, über geistige Strömungen von großem Umfange immer wieder die Lebensnotwendigkeiten der Völker, die harten, nackten Tatsachen den Sieg davontragen. Die von den Verhältnissen vorgezeichnete politische Haltung eines Staates mag scheinbar ganz aufgegeben werden, sie wird im ersten günstigen Augenblick doch wieder unwiderstehlich durchdringen.

Wie vollkommen richtig diese Erfahrungstatsachen sind, haben wir in den letzten Jahren an einer Unmenge von Beispielen wieder feststellen können. Trotzdem macht man tagtäglich die Erfahrung, daß von irgend einer schönen Rede, von einem abgeschlossenen Übereinkommen oder dergl. eine grundlegende Umkehr der Politik eines Staates erwartet wird. Man wertet diese Dinge nicht als gewöhnliche Kampfmittel der Diplomatie, als Hilfsmittel des Augenblicks, sondern man nimmt sie immer wieder vollkommen ernst. Wenn sich dann in kürzester Zeit zeigt, daß alles bloß Schein war, so ist die Enttäuschung sehr groß. Das hindert aber gar nicht, daß im nächsten Augenblick alles wieder gläubig und vertrauend auf eine neue Spiegelfechtereie hereinfällt. In unserer schweizerischen Öffentlichkeit und in unserer Presse kann man immer wieder feststellen, wie leicht sie dem Ausland gegenüber für allen möglichen Schwindel zugänglich ist. Schlagworte verfangen bei ihr fast regelmäßig. Man kann sich nicht entschließen, hinter all den schönen Worten, hinter den so überzeugend echt dargestellten Theaterstücken die nackte Wirklichkeit zu suchen.

Das hat man auch in den letzten Wochen wieder auf Schritt und Tritt mit Bedauern feststellen müssen. Freilich ist anlässlich der Genfer Verhandlungen eine wahre Sturzflut von Stimmungsmache über uns gegangen. Nicht nur aus Genf und aus den beteiligten Staaten der früheren Entente, sondern auch aus Deutschland und vor allem aus den Kreisen unserer Völkerbundsfreunde wurde mit Hochdruck daran gearbeitet, unserm Volke die Überzeugung beizubringen, daß jetzt in Genf der endgültige und wahre Friede fabriziert werde. Dieses einheitliche, Wochen lang ohne Unterbruch andauernde Trommelfeuer hat seine Wirkung nicht verfehlt. Man glaubt in weiten Kreisen fest daran, daß die Genfer Verhandlungen den entscheidenden Wendepunkt in den europäischen Verwicklungen bilden und daß nun der Weg zu der so sehr ersehnten friedlichen Zukunft wirklich offen sei.

Es ist ja unleugbar, daß heute die Voraussetzungen für positive Arbeit im Völkerbund besser sind als je vorher. Es ist nicht zu bestreiten, daß die politische Spannung in Europa in den letzten Monaten bedeutend gemildert worden ist. Man darf dabei aber ja nicht vergessen, daß ähnliche Zeiten der Beruhigung sich seit 1918 immer wieder zwischen die Sturmzeiten eingeschoben haben. Man darf nicht vergessen, wie oft man schon der Befriedung Europas

nahe zu sein glaubte. Man mache sich doch klar, daß in Genf nicht eine gemeinnützige Gesellschaft oder ein Parlament beieinander ist, sondern eine Versammlung von diplomatischen Vertretern der großen und kleinen Staaten. Was dort ausgefochten wird, ist nichts anderes als eine Fortsetzung der zahllosen mehr oder weniger freundschaftlichen Verhandlungen der letzten Jahre. Vor wenigen Monaten noch wurden die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Großmächten in scharfen Reden und Notizen ausgetragen. Heute zieht man sanftere Töne vor. Die Herren umarmen sich und vergießen Freundschaftstränen über den Edelmut der andern. Dieses Theater wird aber die Regierungen in London, Paris, Rom u. s. w. keinen Augenblick bei ihrem kühlen Rechnen beeinflussen. Und ebensowenig werden dies die schönen Reden der Vertreter der Kleinstaaten bewirken, die in unsern Blättern eine so große Rolle spielten. Auch in Genf liegt die Entscheidung eben bei den Großmächten, die gerade so weit mitmachen, als es in ihrem Interesse liegt.

Es sollen nun hier nicht die Ergebnisse in Genf im Einzelnen gewertet werden; das wird in diesen Hefen an anderer Stelle ausführlich geschehen. Nur das muß noch einmal mit aller Deutlichkeit betont werden: Ein noch so kunstvolles System von Garantie- und Abrüstungsverträgen wird Europa nie dauernden Frieden geben können, solange es im Grunde genommen einzig und allein dazu dienen soll, einer Gruppe von Staaten eine ihnen mit Gewalt aufgezwungene Last dauernd aufzuerlegen. Und etwas anderes geschieht heute in Genf nicht. Solange die Pariser Verträge mit ihren gewaltigen Lasten für die Besiegten, solange die dort gezogenen unnatürlichen Grenzen zu Rechte bestehen, solange wird es in Europa nie dauernd ruhig werden. Und daran werden alle möglichen Verträge nichts ändern können. Man wiege sich nur ja nicht in falschen Hoffnungen, sonst könnte das Erwachen einmal sehr unangenehm werden.

* * *

In Deutschland ist, wie zu erwarten war, das Dawes-Gutachten schließlich doch angenommen worden. Die deutschnationale Partei hat sich darüber gespalten und muß einstweilen die innern Gegensätze austragen. Das kommt selbstverständlich den Parteien der Linken zugute, von den Sozialisten bis zum Zentrum. Nach den Einbußen der letzten Jahre gehen sie seit einiger Zeit wieder zum Angriff über. Vor allem suchen die Sozialdemokraten verlorenen Boden zunächst zu gewinnen. Die Beruhigung in der großen Politik und die fühlbare Abnahme des französischen Drucks im deutschen Westen hilft dabei mit. In der gleichen Richtung wirkt die wirtschaftliche Besserung für weite Kreise des Volkes und die Hoffnung auf günstige Ausichten in der Zukunft aus der Annahme des Dawes-Plans. So sind denn allmählich die Rollen vertauscht worden. Die Linke geht zum Angriff über und die Rechte sieht sich in die Verteidigung gedrängt. Weiter regen sich ganz allgemein die gemäßigten Mittelparteien auf Kosten der in der äußersten Not groß gewordenen Flügel links und rechts, Kommunisten und Völkische. So geht Deutschland auf den Winter wieder in den heftigsten innerpolitischen Kampf hinein.

Diese Entwicklung äußert sich einmal in der Schaffung einer großen Kampforganisation durch die Linksparteien, das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Es soll den Kampf gegen die mächtigen Verbände der Rechten, wie Stahlhelm, Jungdeutscher Orden, Wehrwolf u. s. w. aufnehmen, die sich als sehr zu fürchtender Gegner erwiesen haben. Die neue Organisation ist rasch sehr groß geworden. Ob sie aber die ihr zugedachte Aufgabe mit Erfolg wird lösen können, kann heute noch gar nicht beurteilt werden.

Das Gefühl des Erstarkens äußert sich bei der deutschen Linken, vor allem den Sozialisten, am bezeichnendsten in dem Wunsche nach der Auflösung des Reichstages und nach Neuwahlen. Es wird ja wohl einstweilen noch nicht dazu kommen. Man wird noch die Ergebnisse der bevorstehenden Teilwahlen, zu den Landtagen in Hessen und Preußen, abwarten. Fallen diese Proben günstig aus, so wird man freilich nicht lange zögern. Aus den kürzlich vorgenommenen Wahlen zum Reichstag in Oberschlesien kann man auf die Stimmung der

Wählerschaft kaum Schlüsse ziehen, da die Verhältnisse dort zu eigenartig sind. Nur das ist ersichtlich, daß das politische Interesse überhaupt im Abnehmen ist.

Bloß einen Ausschnitt in dieser innerpolitischen Auseinandersetzung bildet, von Deutschland aus gesehen, die Frage des Beitritts zum Völkerbund. Die Linksparteien treten dafür ein und suchen auch dieses Ergebnis ihrer Politik möglichst rasch unter Dach zu bringen. Weshalb? Offenbar spielt da die Erwägung stark mit, daß die Rechte gegen den Eintritt ist und daß die Linksparteien der Westmächte dagegen diesen sehr wünschen. Im Grunde genommen ist die Fragestellung für Deutschland sehr einfach. Der Völkerbund ist gegenwärtig der Ort, wo sich ein großer Teil des internationalen diplomatischen Spiels abwickelt. Ist es deshalb für Deutschland vorteilhafter, dabei zu sein oder nicht? Diese Frage wird die deutsche Regierung zu beantworten haben und sich demnach entschließen müssen. Die einen antworten darauf: Der Völkerbund behandelt so viele Dinge, die Deutschland angehen, daß es äußerst wichtig ist, dabei mitzureden zu können. Deshalb muß es beitreten. Die andern dagegen erklären: Der Völkerbund soll nur dazu dienen, den Ententestaaten die Beute zu sichern. Wenn Deutschland ihm beitrifft, so nimmt es nur eine Verpflichtung zur Haltung unhaltbarer Dinge auf sich. Also bleibe es draußen. Beide Teile haben sicher in manchem recht. Die Wahl ist also schwierig. Niemand kann sie den Deutschen abnehmen, sie müssen sich selbst entscheiden.

U r a n, den 27. September 1924.

S e k t o r A m m a n n.

Aus Zeitschriften

Rußland ist uns in der Schweiz seit vielen Jahren ein Buch mit sieben Siegeln. Haß, Parteistandpunkt, ausländischer Einfluß tun das ihrige dazu, unsern Blick nicht ungetrübt das Wenige erhaschen zu lassen, was uns ein unabhängiges Urteil erlauben könnte. Im Juni-, Juli- und Augustheft der katholischen Münchner Zeitschrift „Hochland“ veröffentlicht **Fedor Stepun** Gedanken und Bilder über „Das bolschewistische Rußland“. Stepun, Russe aus alter Familie, vor kurzem von der Sowjetregierung aus Rußland ausgewiesen, steht über jeder Parteileidenschaft und schreibt mit so viel Abstand von den Dingen, daß einem seine Aufzeichnungen äußerst aufschlußreich sind. Von den Zuständen, wie er sie aus der schlimmsten Zeit der Bolschewistenherrschaft schildert, weiß man bereits. Er verlebte diese auf dem ehemaligen Gut der Eltern seiner Frau. Später wurde er „zwecks Mitarbeit am Ausbau der proletarischen Kultur“ nach Moskau an das Reichs-Mustertheater kommandiert. Den Gesamteindruck jener Jahre faßt Stepun so zusammen: „Die fünf letzten Jahre des russischen Lebens haben in der Seele das Gefühl des Wahnsinns und des Wirklichseins endgültig zu einer unlösbaren Einheit verbunden.“ Trotzdem hatte er es abgelehnt, „aus dem leidenden Rußland in das Wohlsein Europas zu flüchten“, bis ihn vor einem Jahre der Befehl der Gouvernementsverwaltung erreichte, Rußland zu verlassen, da „seine philosophische und religiöse Einstellung nicht länger zu dulden sei“.

Seine Ausreise führt Stepun zu einem kurzen Aufenthalt in Riga, der Hauptstadt des neuen lettischen Staates. Hier kommt ihm zum ersten Mal der äußere Zusammenbruch des russischen Reiches zum Bewußtsein. „Von 9 Uhr morgens bis zum späten Abend wanderte ich durch die uns „eignetsten“ Rigaer Straßen und fühlte mich zum ersten Mal seit den Kriegsjahren und Revolutionsjahren in meinem patriotischen Empfinden tief verletzt. Früher war Rußland für mich immer nur Idee, Seele, Volk. Nun fühlte ich: Rußland war auch ein mächtiger Staat gewesen, und dessen Souveränität ist entweiht